

DIE POLITIK MACHT ES MACHBAR

GRIFFIGE LÖSUNGEN FÜR EINE RASCHE ENERGIEWENDE



Politische Massnahmen

Nur mit politischen Massnahmen geht es voran mit der Energiewende: Indem die Politik einen verbindlichen Termin für den Ausstieg aus den fossilen Energieträgern festlegt. Indem sie die Gesellschaft unterstützt, weniger Energie zu verbrauchen. Und indem sie den Investitionsstau beim Ausbau der erneuerbaren Stromproduktion auflöst und den Schutz der Biodiversität stärkt.

AUSGANGSLAGE

Damit die Schweiz genügend früh Netto-null für alle Treibhausgase erreicht, ist für den Gesamtenergieverbrauch innerhalb der Schweizer Grenzen die Erreichung von Netto-null CO₂-Emissionen bis 2035 notwendig. Dafür muss die Politik verbindliche Zielvorgaben festlegen und mit konkreten Massnahmen sicherstellen, dass diese von allen Akteur:innen eingehalten werden. Aus Sicht der Umweltallianz sind die nachfolgenden drei Handlungsfelder zentral, für die wir beispielhaft einige Massnahmen diskutieren.

SCHLUSS MIT FOSSILEN ENERGIEN

Damit unser Energiesystem möglichst bald ohne fossile Energien auskommt, muss die Politik einen konkreten und verbindlichen Zeitplan für dessen Umbau festlegen. Das gibt den betroffenen Branchen Planungssicherheit.

Es braucht so schnell wie möglich Massnahmen, die den Verkauf von neuen Öl- und Gasheizungen sowie Diesel- und Benzinautos unterbinden. Dies kann mit Geboten, wirksamen Emissionsgrenzwerten und/oder einem hohen CO₂-Preis erreicht werden. Wie die Kantone Basel-Stadt, Glarus, Neuenburg und Zürich zeigen, können die kantonalen Energiegesetze beim Heizungsersatz den Umstieg auf erneuerbare Energie konkret vorgeben. Ein solcher Standard soll für alle Gebäude und nicht nur für Wohnbauten gelten. Ein sehr frühzeitig angekündigtes Verbot von fossilen Brennstoffen soll dafür sorgen, dass heute möglichst wenig Fehlinvestitionen getätigt werden, die dann vor der technischen Lebensdauer rückgebaut werden müssen. Auch alte, noch funktionierende fossil betriebene Heizsysteme und Fahrzeuge müssen ab 2035 ersetzt oder mit erneuerbaren Energien betrieben werden. Ein hoher CO₂-Preis würde diese Entwicklung beschleunigen.

Gleichzeitig soll der Bund mit den Einnahmen beispielsweise aus Teilen einer CO₂-Abgabe Massnahmen für den Klimaschutz und die Biodiversität finanzieren. Denn wichtig ist, dass umweltfreundliche Alternativen wie Velo, öffentlicher Verkehr oder erneuerbare Heizsysteme attraktiv und erschwinglich sind.

Freiwilligkeit allein führt nicht zum Ziel. Mit freiwilligen Massnahmen von Einzelpersonen können die Treibhausgasemissionen der Schweiz um

bis zu 20% reduziert werden – der Rest muss also über politische Massnahmen passieren.

MEHR EFFIZIENZ UND SUFFIZIENZ

Es braucht Massnahmen in Form von Geboten und Anreizen. Beispiele für Anreize sind Lenkungsabgaben oder Bonus-Malus-Systeme wie der Stromsparbonus für Netzbetreiber. Effizienzmassnahmen müssen das Stromsystem (siehe Faktenblatt «Versorgungssicherheit») und fossile Anwendungen umfassen. Neben Effizienzmassnahmen im Verkehrsbereich (z.B. Carpooling und -sharing, Vorgaben oder Anreize für Fahrzeuge) ist vor allem die Effizienz im Gebäudebereich zentral.

Aktuell wird der Gebäudebestand in der Schweiz so langsam saniert, dass er erst in rund 100 Jahren einen akzeptablen energetischen Standard erreichen würde. Eine Sanierungsoffensive soll das riesige Effizienzpotenzial nutzen. Erreichen liesse sich dies, indem die Kantone ihre Energiegesetze so anpassen, dass bei jeglichen Sanierungsarbeiten an der Gebäudehülle alle betroffenen Bauteile die Mindeststandards für die Isolierung erfüllen müssen. Auch die Sanierung von Küchen oder Bädern soll als Anlass für energetische Vorgaben gelten. Noch mehr erreicht werden könnte mit Mindesteffizienzstandards für sämtliche Bauten, wie sie auch auf EU-Ebene geplant sind. Ebenfalls wichtig sind – neben höheren Zuschüssen aus dem Gebäudeprogramm – auch umfassende Finanzierungsangebote, die fehlende Zahlungsbereitschaft oder Kreditfähigkeit überbrücken helfen.

Der Neubau von Gebäuden und Verkehrsinfrastruktur absorbiert viele Baufachleute und verschlingt riesige Mengen an Baustoffen, die in der Produktion mindestens 7 Mio. Tonnen CO₂ ausstossen und damit die Klimabilanz der Schweiz erheblich belasten. Mit einem strengen CO₂-Standard für Baustoffe und Bauprozesse bei Neubauten könnte sichergestellt werden, dass nur noch Bauten neu erstellt werden, die über ihren Lebenszyklus eine negative CO₂-Bilanz aufweisen, zur Dekarbonisierung der Mobilität beitragen (z.B. Fahrradwege) oder die dringend benötigt werden (z.B. Schulen). Auch Anlagen zur Erzeugung von erneuerbarer Energie und energetische Gebäudesanierungen wären somit weiterhin möglich. Dadurch würde sich ein Grossteil der finanziellen und personellen Ressourcen auf die Sanierung des Bestands konzentrieren.

In der Industrie braucht es Vorschriften und Anreize für die effizientere Nutzung von Energie. Die Umsetzung von Netto-null-Fahrplänen bis 2035 muss für Unternehmen verpflichtend werden.

Politische Instrumente können auch suffizientes Verhalten fördern: Ein ausreichend hohes Mobility-Pricing hilft, die eigenen Mobilitätsbedürfnisse zu hinterfragen. Eine gute Velo- und ÖV-Infrastruktur fördert die Nutzung der umweltfreundlichsten Verkehrsmittel. Einschränkungen für per Flugzeug transportierte Güter verkleinern den CO₂-Fussabdruck der Ernährung, und angepasste Verkaufssortimente fördern vegane und vegetarische Ernährungsstile. Ein hoher Treibhausgaspreis wäre auch hier eine mögliche Massnahme, um Energiesparpotenziale zu erschliessen.

AUSBAU VON FOTOVOLTAIK

Die Fotovoltaik hat von allen erneuerbaren Energien hierzulande das grösste Ausbaupotenzial (siehe Faktenblatt «Strommix»). Um dieses zu nutzen, sind bessere Rahmenbedingungen nötig. Weil die Energieversorger heute zu wenig für ins Netz eingespeisten Strom bezahlen, werden kleine PV-Anlagen meist so dimensioniert, dass der produzierte Strom möglichst vor Ort verbraucht werden kann. Schwankende, unsichere und oft zu tiefe Strompreise und das vorherrschende Strommarktdesign verteuern und verhindern aber auch Investitionen in PV-Grossanlagen auf der bestehenden Infrastruktur, da sie eine grosse Risikobereitschaft der Investor:innen voraussetzen. Hier muss die Politik mit geeigneten Instrumenten gegensteuern.

Um Investitionen zu sichern, braucht es einen schweizweit einheitlichen und fixen minimalen Einspeisetarif. Sinnvoll sind auch gleitende Marktprämien für PV-Grossanlagen, die die Differenz zwischen dem Marktpreis und einem kostendeckenden Einspeisetarif abdecken. Auch die Möglichkeiten von Zusammenschlüssen für den Eigenverbrauch (ZEV) sollen erweitert werden.

Um den Ausbau der Fotovoltaik zu beschleunigen, sollen die Kantone für Gebäude einen «Solarstandard» einführen. Dieser soll eine maximale Belegung geeigneter Dächer mit Fotovoltaik vorschreiben. Ein solcher Standard wäre auch für Fassaden, Brüstungen oder Geländer denkbar. Dank finanziellen Garantien können die Investitionskosten abgedeckt werden. Auch die Bewilligungsverfahren für PV-Grossanlagen auf bestehender Infrastruktur sollen effizienter gestaltet werden (siehe Faktenblatt «Verfahrensbeschleunigung»).

Erfahrungen aus dem Ausland zeigen zudem, dass ein rascher und breiter Ausbau der erneuerbaren Stromproduktion nur mit ausreichenden finanziellen Mitteln möglich ist. Die Limitierung der finanziellen Unterstützung ist ein massgeblicher Grund für den langsamen Ausbau in der Schweiz. Deshalb müssen die Mittel aus dem Netzzuschlagsfonds vermehrt für die Fotovoltaik verwendet werden.

Für den massiven Ausbau der erneuerbaren Stromproduktion sind schliesslich viele Fachkräfte nötig. Hier braucht es eine Informations- und Ausbildungsoffensive.

KLIMA- UND BIODIVERSITÄTS-KRISEN GLEICHWERTIG ANGEHEN

Wichtig ist zudem, dass die Klimakrise und die Biodiversitätskrise auch in der Politik als zwei gleichwertige, sich gegenseitig verstärkende Krisen anerkannt werden. Lösungen für die Klimakrise dürfen nicht auf Kosten der Biodiversität erfolgen und umgekehrt. Daher ist ein frühzeitiger, detaillierter Einbezug von Biodiversitätskriterien bereits in der Richtplanung relevant. Dafür braucht es fundierte Grundlagen und Aufnahmen von Biodiversitätswerten (siehe Faktenblatt «Biodiversität und Klima»).

Bei Subventionen und Steuererleichterungen muss viel stärker als bisher darauf geachtet werden, dass sie keine klima- und biodiversitätsschädigenden Auswirkungen haben.

WIRKUNG VON FREIWILLIGEN UND POLITISCHEN MASSNAHMEN AUF DEN TREIBHAUSGASAUSSTOSS

19%

81%

- Realistische freiwillige Massnahmen von Einzelpersonen
- Politische Massnahmen (Änderungen der Rahmenbedingungen)

QUELLE

- Rohrer 2021 «Klimaerhitzung: Welchen Beitrag können Eigenverantwortung bzw. Politische Massnahmen leisten?»

Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften ZHAW

https://www.energiestiftung.ch/files/energiestiftung/fliesstextbilder/Studien/2021%20ZHAW%20Eigenverantwortung/20211117_ZHAW_Wirkung-von-Eigenverantwortung-und-politischen-Massnahmen.pdf

Sichere Schweizer
Energieversorgung 2035
EIN PRODUKT DER
UMWELTALLIANZ

